

Schlick soll vor dem Hauptausschuss aussagen

Ehemaliger Klinik-Geschäftsführer soll Licht in die „Vertrags-Affäre“ bringen

Der Hauptausschuss des Kreistages will die Affäre um den Vertrag von Alexander Schlick aufklären. Dazu soll der ehemalige Klinik-Geschäftsführer im kommenden Jahr vor dem Gremium aussagen.

Von Sebastian Kimstädt

Pinneberg. CDU und Linke hatten eigentlich schon am Mittwoch auf weitere Auskünfte des Landrates zu der Affäre gehofft. Doch Wolfgang Grimme zog sich auch hinter den verschlossenen Türen des Hauptausschusses auf seine bekannte Position zur „Vertrags-Affäre“ zurück. Er habe den Vertrag nicht verlängert, teilte Grimme den Ausschussmitgliedern mit. Eine Antwort auf die Frage, wie seine Unterschrift dann auf die Zusatzvereinbarung zu Schlicks-Arbeitsvertrag kommt, die von den UeNa am 10. Dezember abgedruckt wurde, blieb Grimme den Ausschussmitgliedern zudem schuldig.

„Die Antworten waren unbefriedigend“, sagen unisono CDU-Fraktionschefin Heike Beukelmann und ihr Stellvertreter Michael Hirsekorn. Hirsekorn hatte bereits im Kreistag am 2. Dezember Aufklärung vom Landrat gefordert. „Ich denke mir jetzt meinen Teil“, sagt der Stellvertreter Grimmes.

HINTERGRUND

Brisante Prüfung

Pinneberg (sk). Der Hauptausschuss will in die Endfassung des Vertrages mit den Sana-Kliniken schauen. Der Landrat soll den Kontrakt mit allen Anlagen, Nebenabreden und möglichen handschriftlichen Notizen „unverzüglich vorlegen.“ So steht es im Antrag der SPD. Der Vertrag soll dann gegebenenfalls von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer, den der Hauptausschuss bestellen muss, geprüft werden.

Der Fraktionsvorsitzende der

Sozialdemokraten, Hans-Helmut Birke, macht deutlich, was die Folge der Prüfung sein könnte. „Sollten tatsächlich substantielle Änderungen vorgenommen worden sein, ist der Vertrag mit Sana unserer Einschätzung nach nicht rechtskräftig zu Stande gekommen, denn der Kreistag hätte über die Änderungen erneut entscheiden müssen“, so Birke.

Die Konsequenz: Der Vertrag mit Sana und damit der Verkauf wären nichtig.



Haben Landrat Wolfgang Grimme und Ex-Klinik-Chef Alexander Schlick (r.) eine Vertragsverlängerung vereinbart oder nicht? Alexander Schlick soll dem Hauptausschuss Auskunft geben.

Ebenso unzufrieden sind die Linken. Sie wollten den Landrat im Hauptausschuss disziplinarisch zur Aussage zwingen. Doch ihr Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD, Grünen und KWGP abgelehnt.

Doch Aufatmen kann Grimme noch lange nicht. Denn der Ausschuss beschloss einstimmig drei Anträge der SPD, mit denen Licht in das Dunkel der Ver-

trags-Affäre und den Verkauf der Klinik-Anteile an die Sana AG gebracht werden soll. Die Kommunalpolitiker wollen unter anderem Schlick im Ausschuss hören. Darüber hinaus soll das Rechnungsprüfungsamt des Kreises die Lohnlisten der Regio-Kliniken überprüfen und feststellen, ob es Veränderungen bei den Bruttobezügen von Schlick gegeben hat und wer bei den Regio-Kliniken für die Veränderungen der Lohnlisten verantwortlich ist.

Hintergrund: Es gibt Gerüchte, wonach Schlick tatsächlich von Februar 2007 an ein höheres Gehalt bezogen haben soll. Aus anderen Quellen heißt es, es habe keine höheren Zahlungen gegeben.

Schlussendlich verlangt der Hauptausschuss Einblick in die Endfassung des Kaufvertrages zwischen Sana AG und Kreis (siehe Hintergrund). Auch hier spielen Gerüchte eine Rolle, wonach der Landrat nach dem Kreistagsbeschluss eigenmächtig nachverhandelt haben soll.

Grimme sagte in der Sitzung die Übersendung der Unterlagen zu. Die anderen Punkte sol-

len dagegen auf Wunsch des Hauptausschusses noch von der Kommunalaufsicht des Innenministeriums auf ihre Rechtmäßigkeit hin geprüft werden. Vorteil: Sollte Kiel die Anträge für rechtlich unbedenklich halten, könnte sich der Landrat nicht dagegen sperren, die Forderungen der Kommunalpolitiker zu erfüllen.

KOMMENTAR

Verspielt

Die Affäre rund um die Regio-Kliniken muss aufgeklärt werden. Die Menschen im Kreis müssen wissen, warum ihre Kliniken beinahe zusammengebrochen sind und wer dafür die Verantwortung trägt. Wenn dabei auch strafrechtlich relevante Sachverhalte bekannt werden, müssen sie angezeigt und konsequent verfolgt werden. Denn hier ist Vermögen des Steuerzahlers – und nichts anderes sind mit öffentlichem Geld gebaute Krankenhäuser – fahrlässig verspielt worden.

Sebastian Kimstädt